

Die Rechnung über die Kosten des Krieges.

In der Rede des Finanzministers über den Staatshaushalt und die neuen Steuern.

Wien, 26. September.

Zweiundzwanzig Milliarden sind beiläufig der fünfte Teil des Volkvermögens in Oesterreich. Wenn der Krieg noch ein Jahr dauern sollte, müßten wir sie verbrauchen und an Werten so viel hingeben oder die künftige Arbeit durch Aufnahme von Schulden so belasten, daß entweder die heute lebenden Menschen oder kommende Geschlechter diesen Betrag aus Gewinn, Lohn und Besitz, aus jeder Form des Einkommens und Vermögens zu decken hätten. Der Krieg hat bisher in Oesterreich rund einundvierzig Milliarden verschlungen; noch die Enkel werden Schwielen auf den Fingern haben, in mühevollen Tagen und Nächten ersehen, was in der Zeit ihrer Voreltern vernichtet worden ist. Wir erfahren aus der Rede des Freiherrn v. Wimmer, daß der Noten-umlauf sich um die Grenze von elf Milliarden bewegen dürfte und somit, verglichen mit seinen Hochpunkten in den letzten Jahren des Friedens, beiläufig um acht Milliarden sich vermehrt hat. Von dem Ernste solcher Daten möchten wir nichts wegnehmen und von dem Milliardengebirge, das sich vor uns aufstürmt, nichts abtragen. Das Gefühl ist zwispältig; Kummer über die Pflichten, die weit in die Zukunft hinaus mit diesen Ziffern verbunden sein werden, Mitleid mit einer Welt, die so viel zu dulden hat, und doch auch Staunen über die Leistungsfähigkeit einer gesellschaftlichen Ordnung, welche diesen beispiellosen Aufwand zu bestreiten vermag. Der Finanzminister hat das Verdienst, streng gegen uns und streng gegen sich selbst gewesen zu sein, als er diese Milliarden vor dem Hause ausbreitete. Er hätte den Krieg nicht ganzjährig veranschlagen müssen, weil die unnötige Mezelei schwerlich bis tief in den nächsten Sommer dauern wird. Er hätte durch eine gefälligeren Anordnung des Budgets die grausamen Wahrheiten mildern können. Er wollte nicht, wohl in Erinnerung an die Wochen, da er als Leiter des Finanzministeriums plötzliche Mehrbewilligungen nicht verhindern konnte und in die Notenbank gehen mußte, um sich aus ihrer Druckeret die fünf Viertelmilliarden zu holen, die er gegen seinen Willen über parlamentarischen Wunsch hatte ausgeben müssen. Die zweiundzwanzig Milliarden sind auch die beginnende Erziehung zur Sparjamkeit.

Wenn es feststeht, daß eine Generation vergehen wird, ehe auch nur die größten Wirkungen dieses Krieges überwunden sein werden, dann muß jeder an sich selbst die Frage richten, was er in seinem eigenen Leben, was er gegenwärtig tun könne, damit die Finanzpolitik nicht von einem Wege abgedrängt werde, welchen wir den der bürgerlichen und kaufmännischen Redlichkeit nennen möchten. Wir müssen für die Zinsen der Schulden beständige und regelmäßige Einnahmen haben und dürfen nicht, wie es Rußland in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Verlotterung tut, den Gläubiger mit seinem eigenen Gelde in der Form neuer Kredite bezahlen. In den Weiten der Milliardenmassen könnten wir uns leicht verlieren und zur Empfindung der Hilflosigkeit gebracht werden; auf dem engeren Gebiete der unmittelbaren Zinseszinslichkeiten sind wir heimischer und wird die Uebersicht leichter. Der Finanzminister rechnet aus, daß der Anspruch sämtlicher Gläubiger aus den Kriegsschulden rund siebzehnhundert Millionen betrage. Was ist mit diesem Erfordernisse geschehen und kann es aus den regelmäßigen Einnahmen bestritten werden? Die Milliarden des Kapitals müssen auf die Einfachheit der Zinsformel gebracht werden und dann wird selbst dieses grandiose Budget weniger ängstlich und leichter faßlich. Wir haben neue Steuern und Steuerzuschläge eingeführt, die in den vorliegenden Staatshaushalt bereits mit etwa siebenhundert Millionen hineingearbeitet worden sind. Aber sie genügen nicht, weil Branntwein und Bier, die jetzt wegen der geringen Zuweisung an Gerste und Kartoffeln in so kleinen Mengen erzeugt werden, versagen und die Staatsbahnen ein viel schlechteres Erträgnis geben. Der Finanzminister hat erklärt, daß er für

die Zinsen und den sonstigen Abgang im Budget die Bedeckung um weitere achthundert Millionen verstärken müsse. Was sind heutzutage in der jetzigen Gesellschaft selbst achthundert Millionen? Mit einem Federstrich hat die Finanzverwaltung im vorigen Jahre siebenhundert Millionen sich zu verschaffen gewünscht, die schon im Budget sind. Dreihundert Millionen soll die Kriegsgewinnsteuer ohne Rücksicht auf die Verschärfungen im neuen Entwurfe tragen, weitere dreihundert Millionen werden aus Branntwein und Bier kommen, wenn der Friede die jetzigen Beschränkungen aufhebt. Ein rechnungsmäßiger Abgang im Staatshaushalt von mehr als vierzehnhundert Millionen verringert sich auf achthundert Millionen. Mit diesen achthundert Millionen haben wir zu tun und nicht mit den zweiundzwanzig Milliarden, nicht mit einer Ziffer, die aufgebaut ist auf der unwahrscheinlichen Voraussetzung, daß der Krieg bis zum Ende des Monats Juni dauern werde. Für diese achthundert Millionen haben die heute Lebenden zu sorgen.

Der Finanzminister ist grundsätzlicher Anhänger der Vermögenssteuer ohne Selbsttäuschung über die Schwierigkeiten. Die österreichische Gesetzgebung hat manche Nachteile, aber zugleich einen nicht genug zu schätzenden Vorteil. Wir gehören in der Bildung des Kapitals keineswegs zu den Ländern der obersten Rangstufe. Deshalb ist es auch keine Schande für uns, die mächtigeren und reichereren vorangehen zu lassen und nur das Beste und für uns Tauglichste nachzuahmen. So wird die zur Vermögenssteuer notwendige Vorarbeit auch für uns geleistet und wir lernen aus fremder Erfahrung. Der Finanzminister will Kohlen und Zucker steuern, die Gebühren und die Eisenbahntarife erhöhen. Die Schätzung des Ergebnisses ist noch unbekannt, aber von den achthundert Millionen, die er unmittelbar braucht, wird er ein gutes Stück, vielleicht die Hälfte oder noch mehr, in den Kassen haben. Dann wäre für den gesamten Zinsendienst und auch für die sechste Kriegsanleihe in den regelmäßigen Einnahmen des Budgets bis auf einige hundert Millionen gesorgt. Die Anspannung des Kredits ist unheimlich, die Milliarden sind das Skelett im Hause und das Volkvermögen verbrennt wie Zucker. Aber die große Frage, wie die Zinsen aus dem jetzigen Arbeitseinkommen des Volkes gedeckt werden könnten, wäre für die Vergangenheit fast zureichend beantwortet.

Nicht für die Zukunft. Der Finanzminister braucht eine Milliarde in jedem Monate des Krieges. Wie lange der Festsitz der europäischen Politik noch dauern wird, vermag niemand zu sagen. Aber jeder Tag kostet ohne Rücksicht auf den ungarischen Beitrag mehr als dreißig Millionen. Dieser fortgesetzte Aufwand ist bisher in den regelmäßigen Einnahmen noch nicht bedeckt. Der Finanzminister hat mit vollem Rechte die Ansicht, daß die Leistungen für die Staatsangestellten im Kriege schwerlich im Frieden werden aufgehört können. Das sind viele hundert Millionen, für die ebenfalls die Gegenpost in den ordentlichen Einnahmen fehlt. Die Banknote, die dem Beamten gegeben wird, um ihm zu helfen, ist eine Geißel für ihn, weil ihre Kaufkraft sinkt, wenn der Umlauf zunimmt. Das teuerste Anlehen ist das bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Die Zinsen haben die Form der allgemeinen Verschlechterung in den Lebensverhältnissen und des Anschwellens in den persönlichen Bezügen. Die Milliarden des laufenden Finanzjahres sind steuerpolitisch noch herrenlos. Aber die finanzielle Macht der Regierungen ist so groß, daß ihre Grenzen kaum abzustecken sind. Mit der Kriegsgewinnsteuer sind die direkten Abgaben im Kriege um fünfhundertvierzig Millionen hinausgeschraubt worden, um mehr als eine halbe Milliarde in der kürzesten Zeit. Das Erträgnis der Einkommensteuer an und für sich ist um beinahe hundertvierzig Prozent in die Höhe getrieben worden. Das wäre früher undenkbar gewesen. Wir können die Zinsen aufbringen. Die ersten Folgen der maßlosen Verschuldung und des zerrütteten Geldwertes reichen jedoch über ein Menschendasein hinaus und dieses Siechtum werden Spätere heilen müssen. In dem großen Kriege ist das Unerwartete die Regel. Deshalb können Pläne für entferntere Zeiträume nicht gemacht werden.